

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit den tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Preis der Einzelhefte 10 Pf. — Druckort: Dresden, Neustadt am Hauptbahnhof.

Redaktion: St. Zingststraße 14, II. Et. 3465. Sprechstunde am Montag von 12 bis 1 Uhr. Expedition: St. Zingststraße 14. Et. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gepaltem Perzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verensatzungen 20 Pf. Ineraten müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 286.

Dresden, Montag den 11. Dezember 1911.

22. Jahrg.

## Zoll- und Handelspolitik.

Mit dem Jahre 1917 laufen die wichtigsten der bestehenden Handelsverträge ab. Ablehnung oder Genehmigung der Handelsverträge hat durch den Reichstag zu erfolgen; dieser wird auch darüber zu befinden haben, ob die künftigen Verträge auf Grund des jetzt geltenden Zolltarifs von 1903 oder eines neuen erst zu schaffenden Tarifs abzuschließen sein werden.

Die Sozialdemokratie hat den jetzt geltenden Hochschutzzolltarif in den denkwürdigen Reichstagsverhandlungen des Winters 1902 auf das Schärfste bekämpft. Sie wird auch im nächsten Reichstag dahin wirken, die Hochschutzzollpolitik, die in ihm ihre Fortföderung findet, zu Fall zu bringen und seine Pollsätze nach Möglichkeit herabzudrücken. Im allgemeinen hindert dieser Tarif die Regierungen nicht, die Zölle auf dem Wege der Handelsverträge fast zu erniedrigen oder ganz aufzuheben. Eine Ausnahme besteht jedoch für Getreide, hier steht das Zolltarifgesetz in der Beschränkung vor, unter die auch im Vertragswege nicht herabtergegangen werden darf. Bleibt der Zolltarif wie er ist, dann werden auch in den künftigen Handelsverträgen die Zölle betragen müssen:

Weizen	mindestens 5,50 M.
Roggen	5,00 -
Travergelste	4,00 -
Gafer	5,00 -

Darum wird zunächst danach getrachtet werden müssen, diese Mindestsätze aus dem Zolltarifgesetz zu beseitigen. Ferner muß mit dem derzeitigen System der Einfuhrzölle radikal gebrochen werden. Die letzte „Reform“ im Wege einer Bundesratsverordnung, die die Gültigkeitsdauer der Einfuhrzölle auf drei Monate beschränkte und Kaffee und Petroleum ausschloß, hat nicht das mindeste genützt. Nach wie vor wirken die Einfuhrzölle als Liebesgabe für die geldverzehrenden Großgrundbesitzer, als Prämie auf die Entwürdigung des inländischen Marktis von einheimischer Brotkrust. Daher ist ihre Beseitigung zu fordern.

Wegen ihrer Stellung zur Hochschutzzollpolitik machen die rechtsstehenden Parteien der Sozialdemokratie den Vorwurf, sie sei eine Feindin der Landwirtschaft. Dieser Vorwurf ist ganz unrichtig, denn die Sozialdemokratie muß ihrem Programm und ihrer ganzen Weltanschauung nach für die Interessen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung genau so gut eintreten wie für die Interessen des werktätigen Volkes in Industrie, Handel und Verkehr. Sie sieht aber in der Schutzollpolitik kein geeignetes Mittel, den in der Landwirtschaft wirklich tätigen Männern und Frauen, kleinen Bauern und Landarbeitern, eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Ueber die Wirkungen des Zollschutzes auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist unendlich viel geschrieben worden. Aber, wie immer auch diese Streitfrage entschieden wird, unbekannt sind doch die beiden folgenden Tatsachen: Der Zollschutz verteuert erstens der verbrauchenden Bevölkerung die Lebensmittel in ganz enormer Weise und er erhöht zweitens die Einkünfte der reichen Großgrundbesitzer mindestens in dem gleichen Maße. Von den Milliarden, mit denen die Masse des Volkes die Verneuerung der Lebensmittel bezahlen muß, flieht, wenn auch nicht alles, so doch ein großer Teil in die Taschen der Latifundienbesitzer. Das ist ein Zustand, der die Massen der künftigen industriellen Bevölkerung aufs tiefste empören und erbittern muß. Kein Arbeiter, kein Sozialdemokrat wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß den arbeitenden Menschen der Landwirtschaft, wenn sie sich in Not befinden, von Reichs oder Staats wegen beigeprungen wird, um ihnen einen ordentlichen Lohn für ihre Arbeit zu sichern. Jeder aber, der als Verbraucher die Kosten der Agrarprodukte zu bezahlen hat, überhaupt jeder gerecht empfindende Mensch, muß es als unerträglich betrachten, daß den Armen das Brot verteuert wird, um Reiche noch reicher zu machen.

Schon darum kann das System des Schutzzolles nicht erhalten bleiben. Selbst angenommen, daß es auch den kleinen Bauern ein wenig nützt, was sicher auf einen großen Teil von ihnen gar nicht zutrifft, so muß es beseitigt und durch andere Mittel ersetzt werden, die von den schweren ungeliebten Belastungen des Zollschutzes frei sind. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, den kleinen Bauern irgend einen Nachteil zuzufügen, sie erkennt unbedingt die Verpflichtung der Regierung an, den arbeitenden Landwirt sofort und ausreichend für jeden Nachteil zu entschädigen, der ihm aus einem gesetzgeberischen Akt, wie der Abschaffung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, möglicherweise doch erwachsen könnte.

Die Kleinbauern haben daher von der Sozialdemokratie nichts zu fürchten. In dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie stark genug sein wird, die Handelspolitik des Reiches nach ihren Wünschen zu dirigieren, wird sie auch stark genug sein, andere Reformen durchzuführen, die den Bauer für den einmaligen Schaden, der ihm aus der Aufhebung der Schutzzölle erwachsen könnte, reichlich entschädigen. Wir nennen von allgemeinen Reformen: die Erleichterung der Militärlasten, die Aufhebung der indirekten Steuern, von Be-

sonders die Landwirtschaft betreffenden: die Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum, die Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens. Dazu kommt, daß die Aufhebung der Schutzölle, zumal auf Futtermittel, dem kleinen Viehzüchtenden Bauer schon an sich soviel Vorteil wie Nachteil bringt, und daß die Bauern als Verkäufer von Lebensmitteln an der wachsenden Kaufkraft der Arbeitermassen wesentlich mitinteressiert sind.

Es ist somit eine trübe Unwahrheit, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Zollpolitik darauf ausgeht, die Interessen der in der Landwirtschaft arbeitenden Leute, mögen sie Kleinbauern oder Landarbeiter sein, zu schädigen. Die arbeitende Bevölkerung von Stadt und Land gehört vielmehr zusammen. Großgrundbesitz und Großkapital sind ihre gemeinsamen Feinde.

Es bedarf kaum noch dieser Worte, um die Zoll- und Handelspolitik der Sozialdemokratie auch gegenüber den Massen der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zu rechtfertigen. Hier herrscht ja unter dem Eindruck der gegenwärtigen Lebensmittelpreuerung fast nur noch eine Stimme, und die gibt den Sozialdemokraten recht. Die Ueberzeugung ist allgemein, daß es so wie bisher nicht weiter geht, und diese Stimmung wird sich bei den bevorstehenden Wahlen voraussichtlich auch scharf gegen die Liberalen wenden, die in ihrem „nationalen“ Teufel für das Fortbestehen der „bewährten Wirtschaftspolitik“ eintreten, während sich der früher radikal-freihändlerische fortschrittliche Flügel in schweigender Passivität verhält.

Die Sozialdemokratie fordert auch die Abschaffung aller jener verlogenen Maßregeln, die unter dem Schein gesunder heillichen Schutzes doch weiter nichts als zollpolitische Sperrmaßregeln sind. Was notwendig und nützlich ist, um die Einschleppung von Viehseuchen und ansteckenden Krankheiten der Menschen zu verhindern, muß unbedingt getroffen, es darf aber nicht unter dem Vorwand gesunder Schutzes die Zufuhr fremder Lebensmittel vom Inlande abgeschnitten werden. In diesem Sinne bedarf die ganze Seuchengesetzgebung einer einschneidenden Revision. Vor allem ist die Abänderung des Fleisch-Einfuhrgesetzes zu verlangen, das durch schändliche Bestimmungen die Einfuhr auch des besten bestmöglichen Fleisches aus dem Auslande, besonders aus den Viehproduzierenden Ueberseeländern, unmöglich macht.

Für die ungewohnte Mehrheit der Bevölkerung wäre es sicher ein größerer Gewinn, wenn die Sozialdemokratie dazu läme, im nächsten Jahr fünf ihr ganzes handelspolitisches Programm durchzuführen. Sollte ihr das aber nicht gelingen, so wird sie hier, wie überall, soweit als möglich in der Richtung zu ihrem Ziel voranzuschreiten versuchen. Sie wird jede Ermäßigung tariflicher Schutzölle, daher auch für alle einigermassen annehmbaren Handelsverträge stimmen, so wie sie es bisher schon getan hat. Jedem Versuch aber, die Zollwucherpolitik noch zu verschärfen, wird sie mit der ganzen Macht ihrer Stimmen und ihrer Veredelsamt entgegenzutreten. Die Agrarier träumen von einem lädenlosen Zolltarif, der einen Weltzoll, Erhöhung der Zölle auf Butter, Käse, ausländisches Obst und Gemüse enthalten soll. Ein Teil von ihnen treibt auch für die Zollbelastung von Kartoffeln und Seefische eine rührige Propaganda.

Es liegt bei den Wählern, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage so zu stärken, daß sie mit Erfolg gegen die Bestrebungen der Zollwucherer auftreten und für eine grundsätzliche Aenderung der ganzen Zoll- und Handelspolitik wirken kann.

## Wahlkampf.

### Streikbruch als Wahlparolle.

Die Hauptstelle der Deutschen Arbeitgeberverbände beschloß am 9. Dezember nach einem Referat, in dem das gesetzliche Verbot des Streikpostens als geboten wurde, folgende Resolution:

Die Delegiertenversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände spricht dem Zentralverband Deutscher Industrieeller ihren Dank aus für das entschiedene Eintreten zum Zwecke der endlichen Herstellung der Freiheit der Arbeitsswilligen gegenüber dem Terrorismus der gewerkschaftlichen Organisationen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß endlich unsere Gesetzgebung und Verwirklichung der Bedeutung dieser Freiheit das im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie notwendige Verständnis entgegenbringt.

Die Arbeitsswilligen wurden aufgefordert, von der „Leibhilfe“ ausgiebigen Gebrauch zu machen. „Terror, Terror!“ heißt es nun von allen Seiten. „Schutz der Arbeitsswilligen!“ ist die Wahlparolle aller Staatsbehaltenden. Man kann den Streikbrecher schützen, man muß es sogar, denn wie jeder Staatsbürger hat auch der Streikbrecher ein Recht auf gesetzlichen Schutz.

Für den Rücksternen stellt sich die Frage so: Finden die „Arbeitsswilligen“ gesetzlichen Schutz oder finden sie ihn nicht? Und die Antwort lautet: Kein Mensch im Deutschen Reich genießt einen so weitreichenden sorgfältigen, so beinahe gärtlichen Schutz wie diese gefährlichen Schöfeln der kapitalistischen Gesellschaft. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Arbeiterpresse mahnen stets zur vor- sichtigsten Behandlung dieser Ehrenmänner, weil sie wissen, daß die

geringste Rechtsverletzung, die gegen einen Streikbrecher verübt wird, nicht nur ihrem Urheber die schwerste Strafe einbringt, sondern auch gegen Partei und Gewerkschaft als die angeblich Verantwortlichen agitorisch ausgenutzt wird.

Unter solchen Umständen ist das attennmäßige Material zur Bekämpfung des „sozialdemokratischen Terrors“ äußerst dürftig. Man hilft sich, indem man aus dem Handgelenk heraus behauptet, nur die wenigsten Fälle gelangten zur Anzeige, denn die Geschädigten fürchteten die „sozialdemokratische Mode“. Eine äußerst fabelschöne, ganz ungläubwürdige Ausrede! Ein Mann, der ohne Scheu vor dem „sozialdemokratischen Terror“ den leeren Platz eines kämpfenden Kameraden einnimmt, wird sich schmerzlich genieren, Anzeige zu erstatten, wenn ihm das kleinste Dämon geträumt worden ist.

Manche Angelegenheiten sprechen dafür, daß die Unterneher den Konflikt zwischen Streikenden und Streikbrechern wünschen. Sonst hätten die Arbeitsswilligen in der letzten Sitzung der Hauptstelle der Arbeitgeberverbände nicht so nachdrücklich auf die sogenannte „Selbsthilfe“ verwiesen werden können. Man fordert dadurch die rausstüftigen Elemente unter den Streikbrechern geradenwegs dazu heraus, Handel mit den organisierten Arbeitern zu suchen, schiebt nachher die Schuld auf die Organisierten und geminnt neues Material für eine Zuchttausvorlage!

So kann es also nicht das Verlangen nach geordneten Rechtsverhältnissen sein, das die staatsbehaltenden Streikbrecherkreise zu ihrer gegenwärtigen Haltung veranlaßt, sondern nur die Sympathie für den Streikbruch im Prinzip und der Haß gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger, als um einen Versuch, durch das Verbot des Streikpostens die Streikbrecher nicht nur unverletzlich, sondern auch völlig unangefast zu machen und damit den Arbeitern die Waffe des Streiks ein für allemal aus der Hand zu winden.

Wer dieses Ziel für erstrebenswert hält, mag hingehen und jene Parteien wählen, die unter dem Vorwand des Arbeitsswilligenschutzes das Koalitionsrecht vernichten, die Arbeitergewerkschaften entzweifeln und knebeln wollen.

### Wer terrorisiert?

In Wahlzeiten gehen unsere Gegner besonders gern mit den Terrorismusküßeln über die Sozialdemokratie haufieren. Fast in jedem Flugblatt ist zu lesen, daß da oder dort Arbeiter von sozialdemokratischen Arbeitsswilligen schlecht behandelt oder ins Glied gebracht worden seien. Während die Geschädigten werden auch jetzt täglich von unseren Gegnern vom Himmel heruntergeschwändelt. Dabei versteht niemand den Terrorismus besser anzuwenden als gerade diejenigen, die am meisten über den Terrorismus der Sozialdemokratie schimpfen.

Heute ein ganz krasses Beispiel: In Abelsdorf, Kreis Goldberg, hat ein kleiner Besitzer sein Grundstück für eine sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel hergegeben. Wohl mehr aus Aerger über die ihn von den Großgrund- und Rittergutsbesitzern seiner näheren Umgegend mißhandelt als aus Ueberzeugung. Kaum war dies im Dorfe bekannt, als ihm auch schon folgender Brief zuging:

Herrn Stellenbesitzer Wilhelm Gierdner, Ober-Abelsdorf.

Der unterzeichnete Vorstand des Abelsdorfer Darlehnskassenvereins zeigt Ihnen hiermit an, daß er nach § 2 Absatz 2 des Vereinsstatuts gezwungen sein würde, Sie aus dem Verein auszuschließen, wenn die öffentlich publizierte „Sozialdemokratische Versammlung“ auf Ihrem Besitztum stattfinden sollte. Ingleich würde Ihnen dann auch die geliebene Hypothek gefändigt werden müssen. Wir hoffen jedoch in Ihrem eigenen, sowie auch im Interesse des Vereins, daß Sie es nicht dazu kommen werden lassen.

Der Vorstand: Ober-Abelsdorfer, Simon.

Dem Abelsdorfer Darlehnskassenverein gehören alle Groß- und Rittergutsbesitzer der dortigen Gegend an. Herr Gierdner hat aus diesem Verein aus seinem Grundstück eine Hypothek von 10 000 M. Die Großgrundbesitzer hätten den kleinen Bauern durch die Kündigung ruiniert, wenn es nach ihrem Willen ging, nur weil er sein Grundstück zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergab. Ihren Zweck haben die Herren aber nicht erreicht. Der Mann blieb nur erst recht fest, nachdem er gesehen hatte, wie der Kleinbesitz durch den Großbesitz beseitigt werden soll. Das ist aber keine Terrorismus. Diese Pharisäer!

### Der Wahlausruf des Zentrums

Ist am Sonnabend abend veröffentlicht worden. Vielleicht waren es die kolossalen Interessengegenfälle in dieser größten Mischmaschpartei, die die Verpötung verursachten. Der Ausruf gibt der Freude Ausdruck, daß der Bilandblat nicht lange gehalten hat, lobt die schwarzblaue Finanzreform, rühmt selbstverständlich auch das Reichsversicherungsplatzgesetz, preißt den Wucherzolltarif von 1902, schlägt ein paar mal auf die religiöse Pante und fordert zum Schluß die „volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung für die Angehörigen des katholischen Volksteils“.

Wer denkt da nicht daran, wie das Zentrum den katholischen bayerischen Eisenbahnern diese Gleichberechtigung mit allen anderen Arbeitern, das Koalitionsrecht, verpfagt haben möchte, dieses Grundrecht der Arbeiter, von dem in dem ganzen Ausruf nicht die Rede ist? Das Zentrum will die religiösen